

Uwe Danker: Die drei Leben des Hinrich Lohse

1 Es handelt sich um einen Vortragstext, der im Stil erhalten blieb und auf Fußnoten verzichtet. Der Autor arbeitet an einer wissenschaftlichen Biographie des Hinrich Lohse.

Man betrachte diesen Mann, eine offizielle Aufnahme aus dem Jahr 1933: Es ist der schleswig-holsteinische NSDAP-Gauleiter und soeben zum Oberpräsidenten ernante, 36-jährige Hinrich Lohse, die Personifizierung des Nationalsozialismus in der Provinz.

Am 2. September 1896 als Sohn eines Kleinbauern in Mühlenbarbek geboren, besuchte Hinrich Lohse, was einen sozialen Aufstieg signalisierte, die einjährige Handelsschule. 1913 wurde er Angestellter bei einer Werft in Hamburg, 'diente' während des I. Weltkrieges bis zur Entlassung als Kriegsversehrter 1916 im Heer. 1920 agierte er für kurze Zeit als 'Generalsekretär' der Schleswig-Holsteinischen Landespartei, die als rückwärtsgewandte, das einfache ländliche Leben und eine schleswig-holsteinische Eigenart propagierende Partei versuchte, gegen die 'rote Flut' der Revolution, gegen Verstädterung und Industrialisierung, gegen die Moderne also, anzutreten. Bald darauf schloß Lohse sich der noch kleinen NSDAP an. 1921 bis 1924 arbeitete er als Angestellter verschiedener Banken. Anschließend begriff er sich als 'Politiker', war zunächst Stadtverordneter in Altona, ab 1928 Abgeordneter im Preußischen Landtag, schließlich auch im Reichstag. 1925 ernannte Hitler ihn zum Gauleiter, also zum obersten regionalen Parteiführer. Und Lohse blieb vor allem ein Anhänger des Führers. Sein eigenes Weltbild gab sich einfach strukturiert: antisemitisch, antidemokratisch, nationalistisch und den traditionell-monarchischen Konservativismus ablehnend. Er kannte Land und Leute, sprach platt und versuchte, eine regionale Ausprägung der 'Bewegung' zu fördern.

Mit Erfolg. Die NSDAP in Schleswig-Holstein galt innerhalb der Reichspartei als 'Mustergau'. Hier erzielte die NSDAP bereits 1932 mehr als 50% der Stimmen und damit reichsweit beste Ergebnisse.

Gauleiter verfügten, was im Herrschaftgefüge des NS-Staates von zentraler Bedeutung sein sollte, über den Zugang zu Hitler und hatten als regionale "Hoheitsträger der NSDAP"; man achte auf diese sprachliche Entlehnung aus der Sphäre staatlicher Souveränität, und besaßen in der auf Gefolgschaftstreue aufgebauten Parteihierarchie "in ihren Gauen einen fast uneingeschränkten Spielraum":

Einige Gauleiter wurden schon im März 1933 zu preußischen Oberpräsidenten berufen. Hinrich Lohse gehörte zu ihnen und gelangte damit in das höchste staatliche Amt in der Provinz. Der Oberpräsident verfügte zwar über kein Weisungsrecht gegenüber den Regierungspräsidenten. Das blieb auch so, ein typisches Beispiel also für eingebaute Rivalitäten innerhalb des NS-Herrschaftsgefüges, der "Polykratie": Im
Kern aber stieg die Machtfülle Lohses kontinuierlich an. Der Regierungspräsident hatte nicht nur mit dem Oberpräsidenten, sondern auch
mit dem Gauleiter direkt zu kooperieren. Diese Personalunion machte
Lohse hier für 12 Jahre zum mächtigsten Mann. Für seinen persönlichen
Erfolg spricht, daß er 20 Jahre Gauleiter blieb und zu jenen drei Oberpräsidenten zählte, die sich bis 1945 im Amt hielten.

Erfolgreich arbeitete er mit vorwiegend deutsch-national, konservativ also gesinnten Verwaltungsspitzen der Provinz zusammen, die allerdings voll im Sinne der neuen Machthaber funktionierten und die generelle Erkenntnis bestätigten, daß die alten Funktionseliten sich durch 'vorauseilende Unterwerfung' auszeichneten und sich schrittweise in die verbrecherische Politik verstrickten. Es sei in Erinnerung gerufen, daß in unserer Provinz das Verbrechen der Euthanasie, daß die Erfassung von Minderheiten als Voraussetzung ihrer Verfolgung, die Arisierung jüdischen Besitzes bis hin zu Deportationen ohne die professionelle Arbeit des Öffentlichen Dienstes nicht möglich gewesen wären.

Im übrigen: Genauso wenig, wie Lohse später über 'seine' Mitarbeiter klagen würde, behaupteten diese später Negatives von ihrem ehemaligen Chef. Im Gegenteil. Die *gemeinsame* Legende des Gauleiters und seiner Beamten war die der effizienten und anständigen Provinzialverwaltung!

War Lohse also ein korrekter, eher untypischer NS-Verwaltungschef? Nein. Als regionaler Gaufürst dachte er in Herrschaftskategorien
personaler Bezüge, aber er konnte durchaus an professionelle Bürokratien delegieren. Im Symbolischen jedoch, da wurde er selbst aktiv:
Landgewinn an der Westküste als ureigen schleswig-holsteinischen Beitrag zur Schollenfindung erkennend, veranlaßte er seinen 1934 beginnenden und vielfach gefeierten 10-Jahresplan. Persönlich befaßte sich
Lohse auch mit willkürlichen Verhaftungen: In mehreren Dutzend Fällen wurden einzelne 'Volksgenossen' der Provinz in sogenannte
'Schutzhaft' genommen. Das waren keine Verfolgungsmaßnahmen gegen politische Gegner. Da gab es Angehörige der tradierten Oberschicht
in Angeln, die sich despektierlich über Lohse geäußert hatten, den motzigen, bereits aus der NSDAP ausgeschlossenen Bauern aus Dithmarschen, den deutsch-nationalen Bankdirektor aus Rendsburg. Derartige

willkürliche Haftvorgänge tragen bis zum Ende der NS-Zeit Abzeichnungen und Vortragsvermerke Lohses. – Von besonderem Selbstbewußtsein der neuen Machthaber zeugten sie nicht.

Dann, wenn es vor Ort rumorte, rückte der Gauleiter persönlich an. Oft übrigens. 1936 erreichte er die Absetzung des Flensburger Bürgermeisters. Und einen reichsweit beachteten Kampf um seine Amtsautorität in der Provinz gewann Lohse, als er gegen den Reichswirtschaftsminister die Entlassung des Chefs der Landesbank exekutierte.

Wie paßt dieses selbstherrlich-gewaltfreudige Verhalten zusammen mit dem angeblich vorbildlichen Verwaltungshandeln? Es sind die zwei Medaillen ein und derselben Erfolgskarriere im Nationalsozialismus: Es ist die Fortsetzung der Kampfesformen, die 1933 zum Erfolg geführt hatten, und es ist zum zweiten das Verhalten eines – trotz allen Getöses – unsicheren sozialen Aufsteigers, der großen Wert darauf legt, von alten Eliten, vom professionellen Beamtentum anerkannt – und eben nicht nur gefürchtet – zu werden.

Am 8. Mai 1945, als er durch "höhere Gewalt"; wie er notiert, das Amt des Oberpräsidenten verliert, ist die Bilanz auch seiner politischen Arbeit eindeutig: eine in vielerlei Hinsicht zerstörte Heimat. Lohses Rolle im Herrschaftsgefüge des NS-Staates ist nicht auffallend: Er hat immer funktioniert, vor allem als treuer Satrap des Führers, von dessen Macht alles abzuleiten war, was Lohse darstellte. Man betrachte dieses Bild. Da sehen wir den seit Sommer 1941 amtierenden Reichskommissar Ostland Lohse in einem Gefechtsstand, aufgenommen im Frühjahr 1942. Er macht einen kriegerisch-entschlossenen Eindruck. Aber er hat ein Problem. Er muß beim massenhaften Morden helfen, und das fällt ihm schwer.



Es geht im folgenden um Aspekte des Holocausts im geographisch riesigen "Reichskommissariat Ostland", das 1941 aus den besetzten Gebieten Lettland, Litauen, Estland und Weißrußland gebildet worden war. Die statistische Bilanz des Völkermordes in dieser Region: Von mindestens 500 000 im Reichskommissariat 1941 angetroffenen Juden lebten

1945 nach der Befreiung keine 10 000 mehr. Und zigtausende deutscher 'Reichsjuden' – unter ihnen auch die verbliebenen schleswig-holsteinischen – waren hierhier deportiert worden und hatten den gewaltsamen Tod gefunden.

Lohse leitete eine schlichte, hierarchische Aufsichtsverwaltung. Wie so oft im NS-Staat blieben Kompetenzen bewußt unklar und umstritten, hier vor allem die Frage nach der Polizeihoheit. Das ärgerte Lohse bis zum Ende, aber es würde ihn wie andere später vor Mordanklagen bewahren.

Mit ihrem Gauleiter waren sie in die Ferne gereist: unter den 1000 deutschen Behördenmitgliedern zahlreiche Fachkäfte und Alte Kämpfer aus Schleswig-Holstein. Lohse setzte auf seine Gefolgschaft. Allein zehn der 19 landratsähnlichen Gebietskommissare stammten aus seinem Gau, Spitzenkräfte der Zentrale auch. Mit von der Partie die späteren bundesrepublikanischen Landräte Alnor, Schröder und Matthiessen.

Der 'Kampfauftrag' der Verwaltung: Die Region sollte nach Kräften für den Krieg ausgebeutet, für spätere 'Umvolkungsmaßnahmen' vorbereitet werden. Von Beginn an damit verwoben die sogenannte 'Endlösung der Judenfrage'.

Der Prozeß des Mordens verlief uniform: Erfassung, Entrechtung, Stigmatisierung durch Judensterne, Enteignung, Aussonderung zur vorläufigen Zwangsarbeit, Einweisung in Gettos und immer wieder Massenerschießungen, in Weißrußland auch 'Vergasungen'. Der Zivilverwaltung kam dabei immer eine koordinierende Rolle zu: Sie definierte und erfaßte Juden, sie errichtete die Gettos, sie wies Gettoinsassen der Zwangsarbeit zu, sie konfiszierte, ordnete, erfaßte und versandte die geraubten Vermögenswerte der jüdischen Bevölkerung, sie stellte Fuhrparks für Mordaktionen. Ex-Gebietskommissar Gewecke aus Lauenburg stellte 1958 vor dem Staatsanwalt den Holocaust als Verwaltungsidyll dar: "Meine Dienststelle hatte selbstverständlich mit der ordnungsgemäßen (!) Beschlagnahme und Erfassung jüdischen Vermögens zu tun"

Paradoxerweise brachten Angehörige der Zivilverwaltung später erfolgreich vor, daß sie wie auch ihr Vorgesetzter Lohse den Judenmord abgelehnt und gar nach Kräften behindert sogar Widerstand geleistet hätten. Es geht um das, was wir nur die 'Lohse-Legende' nennen können: Zwar ist belegbar, daß Lohse per Erlaß, "die aktive Teilnahme von Amtsträgern der Ostverwaltung bei Exekutionen jeder Art" verboten hat. - Aber: Nicht Unterbinden, sondern Raushalten war die Botschaft. Zeugenaussagen sprechen dafür, daß die Mordaktionen Lohse abstießen, auch belasteten. Im November 1941 mußte er sich seinem Minister gegenüber dafür rechtfertigen, eine Massenerschießung behindert zu haben. Lohse berichtete: "Ich habe die wilden Judenexekutionen in Libau untersagt, weil sie in der Art ihrer Durchführung nicht zu verantworten waren. Ich bitte mich zu unterrichten, ob ... alle Juden im Ostland liquidiert werden sollen. Soll dies ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht und wirtschaftliche Interessen ... geschehen? Selbstverständlich ist die Reinigung des Ostlandes von Juden eine vordringliche Aufgabe; ihre Lösung muß aber mit den Notwendigkeiten der Kriegswirtschaft in Einklang gebracht werden." - Sollte also heißen: jüdische

Arbeitskräfte nutzen und keine wilden, unordentlichen Erschießungen. In der eigentlichen Mordabsicht zeigte er keinen Dissens. Es bleibt bemerkenswert, daß ausgerechnet dieses Schreiben Lohse später so entlastete, daß niemals Anklage wegen seiner Rolle im Ostland erhoben wurde. Die lapidare Antwort erging am 18.12.1941: "Wirtschaftliche Belange sollen bei der Regelung des Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben"

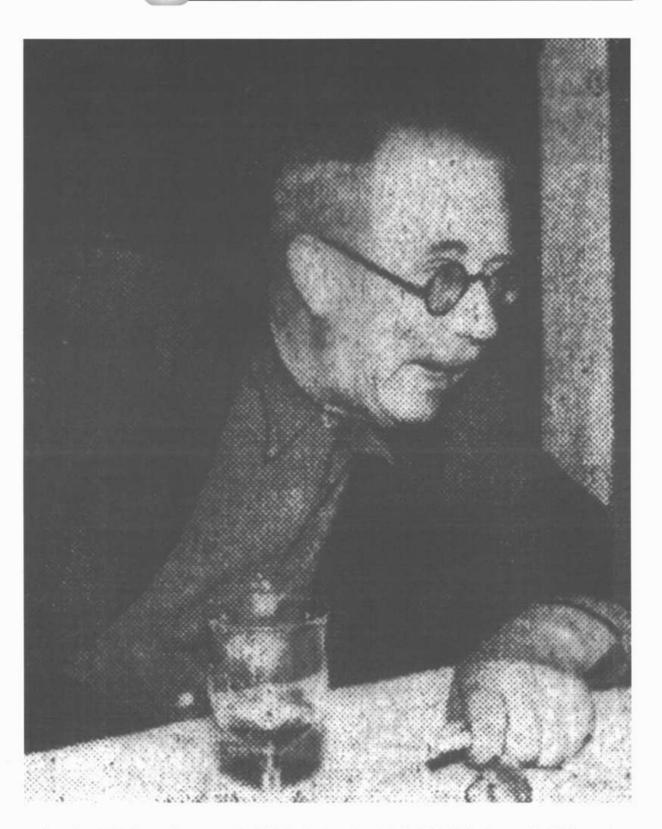
Lohses Interventionen waren also nur halbherziger Natur. Der Reichskommissar wohnte einer Massenerschießung bei Riga bei, um sich ein "eigenes Bild" zu machen. Sein Referent wollte "aus seinem Verhalten" immerhin eine "Ablehnung dieser Maßnahmen" abgelesen haben. Tatsächlich aber demonstrierte Lohse Funktion: Er ordnete an, daß gegen Transporte jüdischer Todgeweihter aus dem Reich "keine Einwendungen mehr zu erheben" wären. Schließlich rügte ein Schreiben aus seinem Büro, daß die Wehrmacht Juden für Tätigkeiten heranzog, die auch andere Einheimische verrichten könnten, als "völlig instinktlose Einstellung zur Judenfrage" – Mit anderen Worten: Diese jüdischen Sklaven seien sofort zu töten.

Zwiespältigkeit also löste der Judenmord aus bei dem Antisemiten Lohse, der aus einer Region (fast) ohne Juden stammte. Im Ostland sah er sich mit realen Juden konfrontiert und erfuhr die Probleme der radikalen Konsequenzen seines Antisemitismus. Aber: Aufraffen zu irgendeiner Verhinderung konnte er sich nicht, nicht einmal zur Demission.

Bemerkenswert ist aber eine glaubhafte Aussage des Lohse-Stellvertreters Burmeister. Er habe "die Judenvorgänge zunächst rein justizmäßig aufgefaßt und sie häufig zum Gegenstand von Besprechungen mit dem Leiter der Abteilung Justiz, Oberstaatsanwalt Richter, gemacht." Beide hätten analysiert, und das auch Lohse vorgetragen, daß man sich später wohl kaum "auf die formelle Nichtzuständigkeit in der Judenfrage" berufen könne. Burmeister sei deshalb ausgerechnet auf Anordnung des Reichskommissars 1942 zweimal im Reichsjustizministerium vorstellig geworden. "Man habe ihm dort jedoch gesagt, daß diese Vorgänge nicht justitiabel seien und metajuristischen Charakter hätten."— Das heißt, diese Spitzensatrapen waren sich ihrer Schuld voll bewußt. Mitten im Aufbau des 1000-jährigen Reiches versuchten sie sich im NS-Justizministerium rückzuversichern, daß ihnen später kein strafrechtlicher Vorwurf zu machen wäre. — Ein spannender Quellenfund!

Vor der heranrückenden Front flieht Lohse im Herbst 1944 aus dem Reichskommissariat. Er wird Legenden bilden, aber niemals den Holocaust an sich leugnen. 1955 wird er schreiben: "Das größte Unglück ist und bleibt die Vernichtungsaktion, die uns jetzt in der Welt soviele Schwierigkeiten macht:" Man hätte, "da die Juden nicht unsere einzigen Gegner waren, sehr viel langsamer und behutsamer vorgehen" sollen. – Ein Abgrund!

Am 25. Mai 1945 nahmen ihn britische Soldaten fest. 1947 bis 1950 ermittelte die Kieler Staatsanwaltschaft gegen ihn. Gemessen an den Dimensionen des von Lohse mitverantworteten NS-Unrechts, verliefen die von einem einzigen Staatsanwalt betriebenen Recherchen erstaunlich chaotisch, hilflos und fehlerhaft. 1950 hieß es: Einstellung.



Man betrachte schließlich dieses Bild: Es stammt aus dem Jahr 1951, es zeigt den Sozialrentner und 'Geschichtsforscher' Lohse! Er macht einen Redaktionsbesuch bei den Itzehoer Nachrichten, und er ist frei.

Lediglich ein Spruchgericht in Bielefeld, ein von der Militärregierung eingesetztes Gericht, fällte 1948 ein ausdrücklich vorläufiges Urteil gegen Lohse, aufgrund seiner Zugehörigkeit zur Spitze der NSDAP und der Kenntnis von organisierten NS-Verbrechen. Das Urteil lautete auf die Höchststrafe von zehn Jahren Gefängnis und Vermögenseinzug. Aber bereits im Februar 1951 entließ man Lohse als "dauernd haftunfähig" vorzeitig - und endgültig - in die Freiheit.

Nun, sechs Jahre nach Kriegsende, war er wieder im Land und verfolgte fortan drei Ziele: die juristische, soziale und historische Rehabilitierung. Er verfehlte alle drei Vorhaben. Aber er verlebte doch einen beachtenswert ruhigen Lebensabend: Neue Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Itzehoe aus den Jahren 1959 bis 1962 führten wieder nicht zur Anklage und Lohse befaßte sich tatsächlich mit NS-Geschichte, brachte aber nur Weniges zu Papier und veröffentlichte nichts. Das lag, darauf muß ich hinweisen, wohl auch daran, daß es ihm mißlingen mußte, den Massenmord an den europäischen Juden in ein positives Bild des Nationalsozialismus zu integrieren. Er war kein Intellektueller, aber auch nicht so beschränkt, wie manche behaupten. Er nahm Anläufe, aber er konnte schlicht nicht bruchlos zu seiner und Adolf Hitlers Geschichte stehen.

Lassen Sie mich einen zweiten Hinweis machen: Es gibt zahlreiche NS-Täterbiographien; sie brechen üblicherweise 1945 ab und streifen das Selbstverständnis dieser Leute in der bundesrepublikanischen Gesellschaft kaum bis gar nicht. Dabei gibt es ein davor und ein danach. Auch in meiner Lohse-Biographie. Und: Mich interessiert, ich müßte mich sonst verleugnen, auch seine Psyche: Wie geht so einer später mit Schuld um? Kurz: Ein Schwerpunkt meines Interesses liegt deshalb auf dem Sozialrentner Lohse in der Bundesrepublik. Es geht um Schleswig-Holsteins Nachkriegsgesellschaft, die Rahmen und Bedingung für diesen Lebensabend Lohses bildete.

1951 beschäftigten Lohse zunächst finanzielle Sorgen: Der ehemalige Gauleiter bezog "Wohlfahrtsunterstützung": Gut beraten von seinem Anwalt, beantragte er seine Entnazifizierung. Das war verblüffend, aber nicht ungeschickt: Die alliierten und die deutschen Stellen hatten längst jedes Interesse an der politischen Säuberung verloren. Man blickte wieder nach vorn. Die neue Mehrheit im Landtag hatte Schleswig-Holstein gerade das Beendigungsgesetz zur Entnazifizierung beschert. Allein drei Dutzend entlastende und lobende Einlassungen, 'Persilscheine', von ehemaligen Mitarbeitern, von Professoren, Wirtschaftsführern, kirchlichen Würdenträgern und Militärs brachte Lohse in das Verfahren ein.

So klare Nachweise der Fähigkeiten des ehemaligen Gauleiters wußte der 'Entnazifizierungshauptausschuß Kiel' zu werten: "Der Betroffene hat ... daher einen Beweis seiner Beherrschung der Verwaltungskunst erbracht, wie sie nicht oft zu finden ist:" Lohse habe sich "subjektiv und objektiv von den Maßnahmen einer übertriebenen Gewaltherrschaft distanziert:" Deshalb sei der ehemalige Gauleiter "in die Gruppe der Belasteten (III)" – und eben nicht in die Gruppen II und I der Schuldigen oder gar Hauptschuldigen – einzustufen und "die Höhe des Ruhegehalts als Oberpräsident a.D. . auf 25%" der Anwartschaft festzusetzen. Damit war Lohse entlastet und konnte sogar eine Pensionszahlung erwarten. Ohne Frage eine krasse Fehlentscheidung! – Am Ende bezog Lohse tatsächlich eine öffentliche Rente. Schleswig-Holstein mußte ihn nachversichern.

Das verblüfft uns noch heute. Aber gestatten Sie mir einen Einschub, der über Betroffenheit hinausführt: Biographisches Arbeiten heißt, ein individuelles Leben eingebettet in Rollen sowie Funktionen in Gesellschaft wie Staat zu erzählen, zu interpretieren, zu erklären, einem Menschen und seinem Lebensweg in den gegebenen Rahmenbedingungen gerecht zu werden, seine spezifische Rolle für die Gesellschaft zu erklären, jedoch auch über und durch ihn neue Erkenntnisse über historische Gesellschaften zu erlangen. Wenn wir nun von Lohses öffentlicher Rente und auch seiner Straffreiheit erfahren, so staunen wir zum Teil ungläubig. Auf dem Weg der Erklärung jedoch erkennen wir, daß wir einen übrigens leicht zu übersehenden, aber beachtlichen gesellschaftlichen Intergrationsprozeß betrachten, der mit der frühen "Vergangenheitspolitik", wie Norbert Frei es überzeugend tituliert, der Bundesrepublik einsetzt: Die politische Entmachtung der NS-Eliten ging einher mit massiven Rehabilitationsangeboten an viele, die ihre Karrieren in der NS-Zeit gemacht oder fortgesetzt und sich dabei Schritt für Schritt verstrickt hatten. Gemeint waren etwa durch die 131er Versorgung oder gezielte Zurückhaltung der Strafjustiz normale Beamte, Offiziere, Juristen, Manager und Akademiker, Angehörige also der klassischen Mittelund Oberschichten, deren Mitwirkung an Verbrechen rollenbedingt, arbeitsteilig und inzwischen völlig verdrängt war. Leute wie Lohse waren eigentlich nicht gemeint. Sie liefen sozusagen mit, da begrifflich und juristisch zwischen Verfehlungen eines NS-Oberpräsidenten oder Reichskommissars auf der einen und eines konservativen Regierungs- oder Gerichtspräsidenten auf der anderen Seite nicht unterschieden werden konnte. Das also ist eine Erekenntnis über die bundesrepublikansiche Gesellschaft. - Eine Erkenntnis, die hier mit der seit 1968 gerade in der Linken so abgelehnten biographischen Methode gewonnen wird.

Zurück zu Lohse: Bereits seit Jahren erhielt Lohse heimlich vom Verlag der Kieler Nachrichten das Tarifgehalt eines Redakteurs, weil Altverleger Heinrich ihm zu Dank verpflichtet war. Lohse 'forschte' in Bibliotheken und Privatarchiven. Insbesondere gelang es ihm zusammen mit einem Kreis um den in Düsseldorf ungehelligt lebenden Ex-Gauleiter Florian, den zeitweisen Zugriff auf den Nachlaß des ehemaligen Leiters der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, zu erhalten. Dem gebrechlichen alten Herrn ordnete Lohse die tonnenschwere Hinterlassenschaft und durfte sich kopieren, was ihm wichtig schien.

Lohses privates Umfeld rekrutierte sich im Kern aus regionalen NS-Größen. Da gings dann auch zur Sache. 1962 schreibt ihm nach einem Treffen sein Freund Claus Hans aus Kupfermühle und beklagt sich bitter darüber, daß der Führer kritisiert worden sei. Das stehe keinem zu: "Etwas mehr Bescheidenheit wäre da wirklich am Platze!" Es bedurfte mehrerer Briefe Lohses, bis dieser Herrenclub, in dem er noch als Gauleiter angesprochen wurde, wieder zusammentreten konnte.

Das waren seine Freunde, aber nicht das gesellschaftliche Umfeld, das der ehemalige Oberpräsident sich wünschte. Bis zum Tod litt er daran, daß viele ihn mieden, obwohl sie mit ihm und durch ihn Karrieren machten. Korrespondenzen folgen dem gleichen Modell: Lohse nimmt den Kontakt neu auf, erinnert an alte Gemeinsamkeiten, schlägt Treffen vor – und handelt sich ihn verletzende Körbe bei jenen ein, die ihn doch dereinst so schätzten. Sie blickten wieder nach vorn, Lohse störte da nur.

Andere wieder hochgestellte Persönlichkeiten waren in nicht ganz so komfortabler Lage und mußten sich zeitweise auf ihren ehemaligen

Reichskommissar einlassen, jene, die die Vergangenheit in Form von Strafermittlungen oder Disziplinarverfahren einholte. Zum Beispiel Dr. Otto Bräutigam aus dem Ostministerium, jetzt Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Erhard Wetzel, Judenreferent im Ostministerium, jetzt Amtsgerichtsrat in Hannover, und schließlich Prof. Dr. Friedrich Karl Vialon, in Riga Chef der Finanzabteilung, jetzt Staatssekretär in Bonn. Man hielt ihnen peinliche Dokumente des Massenmordes vor, etwa jenen Schriftverkehr mit Lohse, den ich zitierte. Straf- und dienstrechtlich passierte ihnen am Ende (fast) nichts. Nur Bräutigam wurde abgeschoben, auf den Botschafterposten in Hongkong. Während der Ermittlungen hatten sie Schutzbehauptungen mit Lohse verabredet.- Dabei stießen sie auf verständige und uninformierte Staatsanwälte, die ihnen fast alles glaubten oder glauben wollten. Und Rentner Lohse, der dem Justizapparat längst offensiv und selbstbewußt begegnete, konnte in Itzehoe allen Ernstes wiederholen, ihm sei es zuzuschreiben, "dass bei seinem Ausscheiden im August 1944 noch viele tausend Juden am Leben und tätig waren." - Als wenn bei Mordermittlungen die Überlebenden und nicht die Ermordeten zählten.

Diese "Netzwerke der Vertuscher" funktionierten, übrigens bis in die Gesetzgebung und Strafrechtsreform hinein. Aber: Die sozialen Gruppen jener, die wieder erfolgreich nach vorn blicken konnten und jener, die rückwärtsgewandt lebten, blieben deutlich voneinander geschieden: Die Vialons und Bräutigams waren in schlimmste Verbrechen verstrickt, aber reüssierten beruflich; das galt auch für einige schleswigholsteinische Landräte, die Post von Lohse nicht mehr wünschten. Die Schatten der Vergangenheit, die störten nur. Und: Die ungeheuren, unbestreitbaren Verbrechen, sie delegitimierten nicht nur eigene Lebenswege, die bargen auch den Keim des Dauerzwistes, der Schuldzuweisungen wie Legendenbildungen innerhalb der Gruppen der Ehemaligen in sich.

Ulrich Herbert hat verschiedentlich Hinweise auf die Nachkriegserwartungen jener NS-Elitenangehörigen geliefert, die nicht wie einige Gauleiter, Polzeichefs oder Generale in den ersten Nachkriegswochen das Leben gewaltsam verloren oder es sich nahmen: Leuten wie Werner Best und anderen zumeist Akademikern, die mit eigenem rechtsextremen Weltbild versehen im Nationalsozialismus an führender Stelle gewirkt hatten, gelang ab 1950 in der Bundesrepublik die, wie Herbert formuliert, "Rückkehr in die Bürgerlichkeit": Politisch auf alle Zeiten entmachtet, wurden sie im Gegenzug sozial und wirtschaftlich wieder voll integriert, sie arbeiteten wieder, teilweise sehr erfolgreich. Werner Best und andere starben in Wohlstand und bürgerlichem Ansehen. Der soziale Aufsteiger Lohse dagegen repräsentierte einen anderen Typus: Zwar auf die gesellschaftlichen Oberschichten ausgerichtet, aber nie wirklich dazugehörend, war und blieb Lohse immer ein Mann der NS-Bewegung: Nach der Enttäuschung des Ersten Weltkriegs lebte er zunächst im völkischen Abseits, wuchs und wurde mächtig mit der Hitler-Bewegung, ging mit ihr auch unter: Es verblieb ihm das soziale Umfeld jener, die noch Jahrzehnte später über Führerfehler stritten, aber von den gesellschaftlichen Eliten längst wieder gemieden wurden. Ein armseliger Lebensabend also.

Lohse starb am 25.2. 1964 in Mühlenbarbek. Zeitungen im Lande nahmen kaum noch Notiz davon. Hinrich Lohse, ein politischer Landsknecht, dessen einzige wirkliche Qualifikation die Treue zum Führer gewesen war, hatte keine Chance mehr im Zivilleben nach 1945 wahrnehmen können. Insofern war er längst gestorben. Zweimal mindestens.